



## Niederschrift

---

über die 48. (öffentliche) Sitzung des Gemeinderates Riegelsberg am **Dienstag, dem 30.01.2024 um 18:03 Uhr**, im Sitzungssaal, Rathaus Riegelsberg.

### **Anwesend**

#### Vorsitz

Klaus Häusle

#### Mitglieder

Dominik Blaes

Petra Brück

Jutta Christmann

Dr. Volker Christmann

Dennis Detzler

Ludwig Dryander

Ilona Ecken

Wolfgang Förster

ab TOP 1 19:21

Dieter Hack

Carmen Helfgen

Werner Hund

Lukas Huwig

Peter Kerkrath

Stefan Krämer

Stephan Lehberger

Hans Jürgen Marowsky

Horst Pelzer

Anna Maria Puhl

Monika Rommel

Joachim Schild-Schröder

Benjamin Schmidt

Frank Schmidt

Dieter Schmiedel

Helga Selzer

René Selzer

Katja Simon

Heiko Walter

Ralf Waschburger

Christian Wegner

Verwaltung

Anna Bossmann

Kay-Timo Fleischmann

Steven Klein

Christina Telorac

**Abwesend**

Mitglieder

Melanie Dell

entschuldigt

Stephan Müller-Kattwinkel

entschuldigt

Sascha Simon

entschuldigt

Bernd Wegner

entschuldigt

**Gäste: zu TOP 1 Nina Di Marco, Susanne Matheis, Viktoria Perschinskaja, Irma Kuhn (Freie Schule Saar)**

# Tagesordnung

---

## Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- |     |  |            |
|-----|--|------------|
| 1   | Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen | 2024/004   |
| 1.1 | Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen | 2024/004-1 |
| 1.2 | Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen | 2024/004-2 |
| 1.3 | Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen | 2024/004-3 |
| 2   | Mitteilungen   |            |
| 3   | Verschiedenes  |            |

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass das Gremium nach ordnungsgemäßer Einladung und deren öffentlicher Bekanntmachung beschlussfähig versammelt ist.

Vor Feststellung der Tagesordnung findet eine Einwohnerfragestunde statt.

Die Tagesordnung wird wie oben dargestellt festgestellt.

---

<b>1</b>	<b>Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen</b>	<b>2024/004</b>
----------	---	-----------------

---

<b>1.1</b>	<b>Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen</b>	<b>2024/004-1</b>
------------	---	-------------------

---

<b>1.2</b>	<b>Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen</b>	<b>2024/004-2</b>
------------	---	-------------------

---

<b>1.3</b>	<b>Antrag Freie Schule Saar e.V. zur Errichtung einer Grundschule im Gde.-Bez. Walpershofen</b>	<b>2024/004-3</b> geändert beschlossen
------------	---	---

**Der Vorsitzende** begrüßt zu Beginn das Team der Freien Schule Saar e.V. und bittet darum kurz das Konzept der Schule vorzustellen.

**Frau Matheis** trägt vor, dass die Freie Schule Saar e.V. ein gemeinnütziger eingetragener Verein ist und dieser die erste Naturschule im Saarland eröffnen möchte. Hier wird es statt einem Klassenverbund altersgemischte Gruppen geben. In den ersten 3 Jahren planen sie mit 20 Kindern und drei Lehrkräften. Die Kinder sollen in und mit der Natur lernen.

**Frau Di Marco** ergänzt, dass es keinen Fachunterricht geben wird, sondern Kurse und einen individuellen Tages- bzw. Wochenplan.

**Frau Matheis** führt weiter aus, dass sie eine offene Schule sein wollen, die auch mit ortsansässigen Vereinen und Betrieben interagiert und kooperiert.

**Der Vorsitzende** dankt und weist darauf hin, dass weitere Informationen zum Konzept auf der Homepage der Schule zu finden sind. Die Schule will zum Schuljahr 2024/25 am Standort der ehemaligen Grundschule in der Salbacher Straße 3 in Walpershofen starten. Er verweist auf die letzte Sitzung, in der die inhaltlichen Fragen geklärt wurden und sagt, dass ein Vororttermin danach stattgefunden hat. Die Hausmeisterwohnung im Erdgeschoss des Gebäudes soll zu Beginn genutzt werden. Die Stellungnahmen der Aufsichtsbehörde, des Verbands Evangelischer Kindertageseinrichtungen und die Prognose der Schülerzahlen der örtlichen Grundschulen sind in den Anlagen der Vorlagen zu finden. Der Termin mit dem Bauamt hat ergeben, dass ein Bauantrag notwendig ist. Nach Rücksprache mit Herrn Gor-

ges könnten baurechtliche Forderungen zurückgeschraubt werden, da es sich nur um ein Provisorium handelt. Dies hängt jedoch von dem Brandschutzsachverständigen in dem Verfahren ab. In Zahlen belaufen sich dann die Kosten auf 40.000 bis 60.000€, die sicher anfallen. Er betont, dass es einen Grundsatzbeschluss braucht, ob der Standort Walpershofen in Frage kommt und wenn ja, unter welchen Bedingungen, da morgen die Frist der Antragsstellung beim Ministerium abläuft. Die Bedingungen könnten lauten: dass erstens der Bauantrag durchgeht, zweitens das Ministerium die Genehmigung erteilt, drittens die Nutzung des Außengeländes im Einvernehmen stattfindet und viertens es einen Konsens gibt, was Pachtzahlung angeht.

**Herr B. Schmidt** dankt dem Team der Freien Schule Saar und weist darauf hin, dass er bei dem Vororttermin am Freitag dabei war und dass hier ein Kostenhorizont, der nicht unerheblich ist, vorliegt. Er betont, dass es Teil der Ratsarbeit ist, verantwortlich mit öffentlichen Geldern umzugehen und er sich schwertut, Geld auszugeben, wenn nicht die Sicherheit besteht, dass das Projekt über längere Zeit bestehen bleibt. Wenn das Projekt Früchte trägt, ist es geplant, das Gebäude wieder der schulischen Nutzung zuzuführen. Jedoch findet er es nicht gerechtfertigt, so viel Geld auszugeben für eine Lösung, die maximal auf zwei bis drei Jahre befristet ist. Deswegen sollte das Bestandsgebäude mit möglichst wenig Umbauten möglichst effizient genutzt werden. Er wirft den Vorschlag ein, dass die Freie Schule Saar die Sozialräume und Mitarbeiter WCs der Kita, also Teile des Obergeschosses mitnutzen darf, um damit die Kosten auf 30 – 50 % der zunächst skizzierten Kosten zu reduzieren. Er erwähnt, dass bei einer vorübergehenden Nutzung Ersatzmaßnahmen für den baulichen Brandschutz zulässig sind und damit das Projekt wirtschaftlich zu rechtfertigen ist. Dies gibt auch die Möglichkeit, die Situation in einem Jahr neu zu bewerten, wenn die ersten Schülerzahlen vorliegen und sich auch zeigt, wie die Schule zukünftig angenommen wird. An der Stelle merkt er an, dass die Ansiedlung eine Entlastung für die Grundschulen in Bezug auf die prognostizierte Dreizügigkeit im Schuljahr 2025/26 mit sich bringt.

**Herr Schild-Schröder** führt auf, dass nicht ersichtlich ist, warum die Kosten für die Schule etwa doppelt so hoch sind bzw. geforderte Maßnahmen sogar höher sind, da momentan nicht mehr Kindergartenkinder drin sind als nachher Schüler geplant. Hier möchte er den Zusammenhang wissen.

**Der Vorsitzende** erwidert, dass dort momentan nichts drin ist und die Idee vorliegt, die Kita zu erweitern, also im 1. Obergeschoss Personalräume zu schaffen. Herr Gorges ist der Meinung, dass eine Ergänzung um eine Schule eine Größenordnung annimmt, bei der es nur noch über einen Bauantrag geht. Bedeutet, dass brandschutzrechtliche Auflagen erfüllt sein müssen. Nach Ausführungen vom Brandschutzfachmann wurden die Kosten, die auch vorliegen, ermittelt. Im Nachgang wurde mit Herrn Gorges über den nur begrenzten Zeitraum von einem Jahr geredet und dieser sagt, dass von bestimmten Punkten in dem Fall der Eventualkosten abgesehen werden kann. Deshalb ist von Kosten im Bereich von 40.000 bis 60.000 € auszugehen. Was das in Gänze für die Idee, die Kita an der Stelle zu erweitern bedeutet, ist noch unklar.

**Herr Lehberger** fragt nach, was nach einem Jahr mit dem Provisorium passiert. Er möchte wissen, ob dann nach einem Jahr nachgebessert werden muss oder ob das Provisorium um ein Jahr verlängert wird. Des Weiteren geht er auf den Start der Umbaumaßnahmen ein und fragt, ob erst mit den Maßnahmen begonnen wird, wenn eine Genehmigung des Ministeriums vorliegt oder bereits vorher und die Gemeinde bei einem negativen Bescheid auf den Kosten sitzen bleibt.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass der Gemeinderat entscheiden muss und verweist auf zu Beginn genannte Möglichkeit, wie der Beschluss aussehen kann, mit der Bedingung erst mit den Maßnahmen zu beginnen, wenn eine Genehmigung des Ministeriums vorliegt. Der Beschluss beinhaltet nicht, wie es nach einem Jahr weitergeht. Er führt auf, dass die Idee vorliegt, die Schule in die Räume, in denen sich derzeit die Kita Buchschachen befindet, die im

Herbst wieder zurückziehen soll, einzieht. Sobald dann die notwendigen Umbaumaßnahmen erledigt sind, soll das Hausmeisterhaus in Gänze genutzt werden. Als Endpunkt ist die alte Schule vorgesehen. Jedoch weist er darauf hin, dass die Zwischenschritte nicht im Detail erwähnt werden sollten, da dies die Genehmigung beim Ministerium erschwert.

**Herr B. Schmidt** sagt, dass eine Sanierung während des Schulbetriebes ungünstig ist und deswegen die Idee mit der Interimslösung entstanden ist. Durch die unmittelbare Nähe der momentan von der Kita Buchschachen genutzten Räume kann auch während der Übergangszeit der Schullehrgarten weiter genutzt werden. Er merkt an, dass in 6 Wochen Sommerferien keine Renovierung für eine dauerhafte Nutzung durchgeführt werden kann und sich daher die Auslagerung anbietet.

**Herr F. Schmidt** führt aus, dass im vorliegenden Finanzplan im ersten Jahr ein Defizit von knapp 35.000 € zu finden ist und ein Unternehmen mit solch einem Verlust im ersten Jahr nicht genehmigt werden würde, somit das Bildungsministerium auch nicht. Dort wird auch mit einer Elternbürgschaft in Höhe von 3.000 € pro Kind gerechnet, also einer Bürgschaft im ersten Jahr von 75.000 €, jedoch wird jetzt nur mit 20 Kindern geplant. Außerdem sagt er, dass er eine Liste mit den Eltern, die ihre Kinder in der Schule anmelden wollen, gerne gehabt hätte. Ebenso sind im Finanzplan nur Nebenkosten i.H.v. 500 € pro Monat aufgeführt, aber keine Kaltmiete. Somit fallen noch mehr Ausgaben an. Der Finanzplan weist Lücken auf und ist nicht aktualisiert. Bei dem Vororttermin hätte auffallen müssen, dass z.B. die aufgeführten Container wegfallen. Er betont, dass er heute einen aktualisierten Finanzplan erwartet hat und er gern gewusst hätte, ob unter den potenziellen Eltern auch Riegelsberger sind. Er sieht die Gefahr, dass ganz viele Schüler von außerhalb kommen und damit keine Sinnhaftigkeit, dass Riegelsberger davon profitiert. Außerdem wird nach einem Jahr ein neues Provisorium durch einen Umzug in die Köllertalhalle erschaffen. Stand heute kann nicht gewährleistet werden, dass die Kita Buchschachen bis Ende des Jahres bezugsfertig ist. Genauso wenig kann gewährleistet werden, dass der evangelische Kindergarten in Walpershofen bis zum geplanten Zeitpunkt, komplett in die alte Schule zu gehen, fertig ist. Er sagt, dass nach seinem Kenntnisstand der Architekt nicht davon ausgeht, dass in diesem Jahr mit dem Anbau gestartet werden kann. Der Unterschied ist, dass in die drei Grundschulen investiert werden muss, in die freie Schule nicht. Er findet, dass es einen Durchführungsvertrag geben sollte, der zur Rückzahlung von Baukosten verpflichtet, wenn das Projekt scheitert. Zudem betont er, dass 2019 auf eine Brandschau gepocht wurde, da die Grundschüler einer Gefahr ausgesetzt werden, weil nicht ausreichend Brandschutz vorhanden ist. Jetzt soll hier über zwei bis drei Jahre ein Provisorium geschaffen werden für einen freien Träger, wo die Gemeinde nicht mal gezwungen ist etwas zu machen. Hier wird über den Brandschutz hinweggesehen. Er findet, dass das Konzept ok ist, aber es noch viele offene Punkte gibt und er das Geld, das in zwei Provisorium investiert werden soll, lieber in Dinge investieren will, die den Riegelsberger Kindern zugutekommen.

**Herr B. Schmidt** erwidert, dass wenn 2019 der Brandschutz kritisiert worden ist, dann einfach nur deshalb, weil über Jahre hinweg das, was hier jetzt innerhalb einer Woche passiert ist, bei ganz vielen Einrichtungen nicht gesehen worden ist. Nämlich die Beurteilung des Brandschutzes durch Fachmann und das Auferlegen von Maßnahmen. Wenn davon die Rede ist, Ersatzmaßnahmen zu treffen, dann wird nicht der Brandschutz außer Acht gelassen, sondern abgewogen, welche Maßnahmen prioritär umzusetzen sind und wie eine nicht erledigte bauliche Sache durch die Erhöhung von Löschmitteln oder anderwärtigen einfacheren baulichen oder organisatorischen Maßnahmen wegmacht. Zudem sagt er, dass das Ministerium das Zahlenwerk prüfen muss und nicht der Gemeinderat. Heute soll eine Grundsatzentscheidung fallen, ob man der Idee eine Chance gibt, da morgen Anmeldeschluss ist und dabei eine Räumlichkeit angegeben werden muss. Dann wird zunächst der Bauantrag gestellt. Wenn dieser Mehrkosten aufwirft, dann wird sich der Rat damit befassen und wenn das Ministerium zur Erkenntnis kommt, dass das Zahlenwerk nicht tragfähig ist, dann wird es keine Genehmigung geben. Es kommen somit noch weitere Prüfinstanzen.

**Frau Christmann** erläutert, dass die Ellerschule nach den Prognosen aus allen Nähten platzt. Eine Dreizügigkeit ist nicht möglich, da kein Zimmer mehr vorhanden ist. Sie sagt, dass es gut ist eine solche Schule zu haben, auch wenn nur wenige Kinder aus Riegelsberg diese besuchen. Auch in Bezug auf die massiven räumlichen Probleme bei der Nachmittagsbetreuung ist das ein Vorteil. Die Problematik mit den auswärtigen Kindern hat man überall, auch in den Kitas. Dafür gehen Riegelsberger Kinder woanders hin. Es soll bedacht werden, dass es Kinder mit Migrationshintergrund in jeder Klasse gibt und je weniger Kinder in einer Klasse sind, umso einfacher ist es für Lehrer und Kinder. Sie findet, dass eine Grundschule in der alten Schule öffnen soll gut und führt weiter an, dass die jetzt anfallenden Ausgaben nur als Anschubfinanzierung dienen. Nach drei Jahren kann das Ministerium die Kosten übernehmen. Auch die Verlegung in die Köllertalhalle ist unproblematisch, da hier bereits die Räume wegen der dort zurzeit untergebrachten Kita fertig sind.

**Der Vorsitzende** widerspricht der Aussage mit den Schülerzahlen und weist darauf hin, dass im Schuljahr 2027/28 nach den derzeitigen Prognosen die Schülerzahlen sehr niedrig sind und sowohl in der Grundschule Pflugscheid als auch bei der Grundschule Lindenschule eine Einzügigkeit möglich ist.

**Frau Matheis** versteht die Angst, unnötig Geld auszugeben. Jedoch verweist sie darauf, dass ohne Vorlage der Genehmigungen kein Geld in die Hand genommen wird. Zum Finanzplan sagt sie, dass erst letzte Woche nach dem Termin die Schülerzahl von 25 Kindern auf 20 Kinder gesenkt wurde und im vorliegenden Plan auch noch mit Containern gerechnet wurde. Im aktuellen Finanzplan wurde bereits die Miete mit 5€/qm veranschlagt und es liegt mittlerweile auch eine Kreditusage der Bank vor.

**Frau Simon** sagt, dass die evangelische Kita Walpershofen eine der Kirchengemeinde Kölln ist, zu der auch Püttlingen und Köllerbach gehören. Dies erklärt, warum hier Kinder von außerhalb betreut werden.

**Herr Schild-Schröder** führt auf, dass er das Konzept gut findet. Die notwendigen Brandschutzmaßnahmen sollten in welcher Form auch immer ausgeführt werden, da auch die Kindergartenkinder betroffen sind. Er erwähnt, dass er nicht dafür ist, dass Kinder gefährdet werden und erläutert, dass die Umbaumaßnahmen die Attraktivität für einen eventuellen Käufer später steigern und auch die Kostenübernahme durch das Ministerium einen Vorteil für Riegelsberg bringt.

**Herr Hack** sagt, dass er sich sowohl die Zahlen als auch das Konzept angeschaut hat. Er findet, dass es nicht nur Riegelsberg, sondern auch der Gesellschaft guttut, solch eine Schule zu fördern. Die Kritik am Bildungsstand der Jugend steigt, aber neue Wege werden nicht gern gesehen. Zu den Finanzen führt er aus, dass diese mit gewissen Risiken behaftet sind. Das Thema Brandschutz sieht er unkritisch. Die Vorschläge von Herrn Gorges zur Kostenreduzierung werden gern genommen. Außerdem findet er es überzeugend, dass die Damen mit ihrem Geld haften.

**Herr Marowsky** hebt hervor, dass 130.000 bis 140.000€ notwendig sind, damit die alte Schule genutzt werden kann und der gesamte Kostenrahmen noch unbekannt ist. Er sagt, dass der Verein gern eine Schule errichten kann, aber nicht auf Kosten der Riegelsberger Bürger.

**Frau Matheis** erklärt, dass der Rat in seinem Beschluss festhalten kann, mit welchen Kosten die Gemeinde sich beteiligen möchte. Das Gebäude gehört der Gemeinde und bei Mietverträgen ist der Brandschutz normalerweise vom Vermieter zu tragen.

**Herr Waschburger** erwähnt, dass im April über einen Standort für das neue Feuerwehrhaus in Walpershofen Beschluss gefasst werden soll. Dies wird durch die Ansiedlung jedoch beeinträchtigt. Er fragt, was mit dem Feuerwehrgerätehaus passiert und erinnert zudem dran,

dass auch das DRK dort untergebracht ist.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass hier eine endgültige Entscheidung noch aussteht und Gespräche laufen. Durch die Ansiedlung der Freien Schule Saar wird die Diskussion um den Standort der neuen Feuerwache jedoch eingeschränkt. Das sind jedoch Zeithorizonte, die in 2 bis 3 Jahren liegen. Für die Freie Schule Saar geht es jetzt aber um den Start. Ohne mit Sicherheit sagen zu können, dass der finale Punkt dort ist. Das Ganze hängt von der Entscheidung des Gemeinderates im April/Mai ab. Die Freie Schule weiß aber, dass noch keine abschließende Entscheidung zum Feuerwehrgerätehaus gefallen ist.

**Herr B. Schmidt** führt auf, dass auch bei der Diskussion die Frage des finalen Standortes des Feuerwehrgerätehaus aufgekommen ist. Hier wurde darüber gesprochen, was bautechnisch die richtige Lösung ist. Das sollte jedoch diskutiert werden, wenn es um den Standort des neuen Gerätehauses geht. Er verdeutlicht, dass es eine Priorisierung gibt und diese die Feuerwehr ist, da es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe der Gemeinde handelt. Eine Entscheidung im April, die die Frage Freie Schule Saar an dem Standort nicht möglich macht, hat somit Vorrang. Bis dahin liegen noch keine Genehmigungen vor und somit wird auch noch kein Geld für bauliche Aktivitäten in die Hand genommen. Er merkt an, dass bis jetzt noch nicht berücksichtigt worden ist, dass es für brandschutzrechtliche Ertüchtigung von Gebäuden, die der schulischen Nutzung zugeführt werden, eine Förderkulisse von bis zu 60 % gibt, wenn dies eine öffentliche Hand übernimmt.

**Herr Lehberger** gibt bekannt, dass er gegen das Projekt ist, da keine Riegelsberger Kinder berücksichtigt werden und die Schule nur gut betuchte Eltern anspricht. Er führt hier die monatlichen Kosten von 280 € Schulgeld auf sowie die Bankbürgschaft von 3.000 € und das Darlehen von 1.200 €, die auf die Eltern zukommen. Dies schließt nach seiner Ansicht ganz viele Kinder aus und er findet, dass die Schule nicht für Riegelsberger Kinder gebaut wird, sondern für die Kinder von Ärzten, Juristen, Bürgermeistern.

**Herr Selzer** bezeichnet das Projekt als Leuchtturmprojekt und sagt, dass die Schüler immer schlechter werden. Er findet, dass das Projekt viele Kinder fördern und vielleicht wieder zu dem bringen wird, was in den Schulen erwartet wird, nämlich tolle Schüler mit tollen Abschlüssen, die auch Spaß am Lernen haben. Zu den Kosten führt er auf, dass Fakt zu sein scheint, dass diese sich irgendwo bei 60.000 € einpendeln, für Brandschutz, der nötig ist, auch für die Flüchtlinge, die dort untergebracht sind. Auch für die Kita hätte bereits vorher etwas gemacht werden sollen. 60.000 € geteilt durch 20 Schüler ergeben 3.000 € pro Schüler. Dieses Geld sollte jeder Schüler wert sein, auch wenn dieser nicht aus Riegelsberg kommt. Zudem betont er, dass heute nur ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll und keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Der Ball liegt dann beim zuständigen Ministerium. Wenn dieses grünes Licht gibt, dann kann davon ausgegangen werden, dass alles in Ordnung und mit rechten Dingen zugeht. Der Gemeinderat geht damit kein Risiko ein, im Gegenteil Riegelsberg hat was zum Vorzeigen.

**Der Vorsitzende** sagt, dass nach dem Gespräch mit Herrn Gorges für den ersten Schritt in der Wohnung Kosten von 40.000 - 60.000 € anfallen.

**Herr Selzer** erwähnt die Stellungnahme des Kultusministeriums. Er findet, dass hier viel Positives zur Ansiedlung zu lesen ist.

**Der Vorsitzende** gibt Frau Matheis das Wort.

**Frau Matheis** erklärt, dass die monatlichen Kosten von 280 € gerade so reichen, für die anfallenden Kosten zu decken. Sie erwidert, dass nicht nur die Elite auf diese Schule kommen soll, sondern durch Förderkonzepte wie Lernpaten auch Kinder von Eltern, die sich nicht leisten können, die Schule zu besuchen. Es soll eine Schule für alle werden und auch Kinder mit Migrationshintergrund oder Beeinträchtigung sollen die Schule besuchen. Zwei Anmeldun-

gen von Kindern, die eingeschränkt sind, liegen bereits vor. Außerdem führt sie auf, dass auch ein Krippenplatz 380 € monatlich kostet.

**Der Vorsitzende** bittet nach dem regen Austausch um einen Beschlussvorschlag.

**Herr Schild-Schröder** erwähnt, dass auch an Regelschulen viele Schüler nur existieren können, weil diese reiche Eltern haben, die sich Nachhilfeunterricht leisten können.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Gemeinderat beschließt die Ansiedlung der Freien Schule Saar in Walpershofen, Salbacher Str. 3.
2. Der Beschluss gilt nur unter der Voraussetzung, dass die notwendige Baugenehmigung der UBA erteilt wird und dass die hierfür notwendigen Instandsetzungskosten der Gemeinde im Bereich von 40.000 bis 60.000 € liegen.
3. Der Beschluss gilt nur unter der Voraussetzung, dass die Nutzung des Außengeländes gemeinsam mit dem Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen einvernehmlich stattfinden kann und, dass die Freie Schule Saar die Wohnung zu einem marktüblichen Preis anmietet.
4. Die Nutzung für ein Jahr als Interimslösung in der Salbacher Str. 3 stattfindet.

**Herr B. Schmidt** erwidert, dass wenn der Beschluss so gefasst wird, die Antragsstellung erheblich erschwert wird. Er unterbreitet den naheliegenden Beschlussvorschlag: Die Gemeinde Riegelsberg tritt in Mietverhandlungen mit der Freien Schule Saar e.V. ein. Eine Ansiedlung ist am Standort Salbacher Str. 3 (alte Hausmeisterwohnung) beabsichtigt. Alle notwendigen Baumaßnahmen in einer Höhe von bis zu 60.000 € werden erst dann umgesetzt, sobald alle notwendigen Genehmigungen der Behörden vorliegen. Er merkt zudem an, dass Herr Dr. Lutz Albersdörfer, Betriebsträger der Kita, zustimmen muss und er im Gespräch mit ihm herausgehört hat, dass der Unmut daherkommt, dass über ein Jahr nicht möglich war, das defekte Tor auf der Rückseite des Außengeländes zu reparieren. Deshalb stellt er in Frage, ob die Möglichkeit besteht, eine ordentliche Teilung des Außengeländes herbeizuführen.

**Der Vorsitzende** sagt, dass im Beschlussvorschlag der Hauptbestandteil die Ansiedlung ist und Bedingungen aufgelistet sind, wie z.B. der genehmigte Bauantrag und die anderen Punkte. Er stellt in Frage, ob der Punkt mit den Mietverhandlungen ausreichend für das Ministerium ist. Er schlägt vor, dass zuerst der Grundsatzbeschluss gefasst wird und dann weiterberaten wird.

**Frau Christmann** kritisiert, dass Bedingungen im Beschlussvorschlag vorhanden sind. Mit dem Punkt Standort erklärt sie sich einverstanden, ebenso mit dem Punkt Mietverhandlungen, aber dass die Baukosten begrenzt werden, ist nicht als Bedingung einbaubar. Sie fragt, wie die Begrenzung vonstattengehen soll, ob dann von den Kosten zurückgetreten wird. Sie ist der Meinung, dass dies so nicht geht. Deswegen ist der Beschlussvorschlag nicht durchführbar. Nur die Bedingung einbaubar, dass erst begonnen werden soll, wenn alle Genehmigungen vorliegen. Die Begrenzung auf 60.000 € sollte nur für den Gemeinderat dazu geschrieben werden.

**Frau Di Marco** sagt, dass sie sich den Ausführungen von Herrn B. Schmidt anschließt.

**Der Vorsitzende** führt als Vorschlag aus, dass der erste Punkt lautet: der Gemeinderat stimmt der Ansiedlung der freien Schule in der Salbacher Straße 3 zu. Der zweite Punkt dann, dass die Gemeinde entsprechende Verhandlung mit der Freien Schule Saar zu den notwendigen Themen führt.

**Herr B. Schmidt** sagt, dass er das Ganze konkretisieren möchte. Eine Prüfung mit allen „Wenn und Aber“ beim Ministerium wird die Zeitachse überschreiten, in der der Beschluss

haushaltswirksam umgesetzt werden kann bzw. die baulichen Maßnahmen mehr umgesetzt werden können, um erfolgreich in das nächste Schuljahr zu starten. Er erwähnt, dass die Evangelische Kita aktuell 180% der Außenflächenfläche hat, die diese braucht bzw. die genehmigungsrelevant ist. Das heißt, wenn Herr Albersdörfer Bedenken hat, liegt es in der Hand der Verwaltung, eine Lösung für alle zu finden. Deshalb soll der Passus gestrichen werden.

Er schlägt folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Gemeinderat stimmt einer Nutzung der Hausmeisterwohnung durch die Freie Schule Saar e.V. zu.

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen entsprechenden Mietvertrag mit der Freien Schule Saar e.V. auszuhandeln.

Etwaige bauliche Maßnahmen werden erst nach eingehender Prüfung der Genehmigung umgesetzt, bis zu einer Summe von 60.000 €.

Des Weiteren führt er noch an, dass bei Mehrkosten die Freie Schule entscheiden muss, ob diese dann die übrigen Kosten stemmt und dass die Verwaltung beauftragt wird, etwaige Fördermittel zu beantragen.

**Der Vorsitzende** führt den Beschlussvorschlag der CDU erneuert aus:

1. Der Gemeinderat stimmt der Nutzung der Hausmeisterwohnung (Salbacher Str. 3) durch die Freie Schule Saar e.V. zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Mietvertrag mit der Freien Schule Saar e.V. auszuhandeln.
3. Etwaige bauliche Maßnahmen werden erst nach eingehender Prüfung der Genehmigung umgesetzt, bis zu einer Summe von 60.000 €.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einer Nutzung der Hausmeisterwohnung durch die Freie Schule Saar e.V. zu.

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen entsprechenden Mietvertrag mit der Freien Schule Saar e.V. auszuhandeln.

Etwaige bauliche Maßnahmen werden erst nach eingehender Prüfung der Genehmigung umgesetzt, bis zu einer Summe von 60.000 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	13	0

---

## 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

---

## 3 Verschiedenes

**Herr Dryander** fragt nach dem Sachstand des Antrages „Tempo 30 in der Hixberger Straße“.

**Der Vorsitzende** erwidert, dass eine Stellungnahme vorliegt, dass der Regionalverband das nicht macht.

**Herr Hund** fragt, ob es nicht eine andere Möglichkeit für die Eingrenzung des Platzes hinter dem Kelterhaus in Walperhofen gibt. Er führt aus, dass dort bei jedem stärkeren Wind die Sichtschutzzäune der Kita umfallen und der Bauhof diese wieder aufstellen müsste.

**Der Vorsitzende** sagt eine Klärung der Angelegenheit zu.

**Herr Waschburger** trägt vor, dass die Papiercontainer hinter der Riegelsberghalle völlig zerstört sind und auch nicht mehr geleert werden. Er möchte wissen, ob die Gemeinde aktiv werden kann. Außerdem möchte er wissen, was mit der Plakatierung im Ronnertweg ist und ob diese ordnungsgemäß angebracht ist.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass die Plakatierung genehmigt ist und dies nächste Woche ausläuft. Zu den Containern führt er aus, dass der EVS das Problem erkannt hat und bereits einen neuen Betreiber für die Entleerung beauftragt hat.

**Herr Hack** weist auf das baufällige Haus in der Überhoferstraße hin und möchte wissen, ob die Gemeinde dazu Neuigkeiten hat.

**Herr Fleischmann** verweist auf die Vorlage im UBLV am nächsten Montag.

Vorsitz:

Schriftführung:

---

Klaus Häusle

---

Anna Bossmann

Die unterzeichnenden Mitglieder (siehe Unterschriftenblätter).

Ende der Sitzung: 19:31 Uhr